Marxisten wollen für Frieden punktuell mit AfD

Anstöße zum neuen Umgang mit „links“ und „rechts“

Einen Tag nach dem Verhandlungs-Aufruf mit Russland durch SPD-Promis wird ein anderes Tabu angebrochen: marxistische Publizisten haben soeben öffentlich dazu aufgerufen, angesichts der Weltkriegsgefahr zur "Verbreiterung der Friedensfront" punktuell auch mit AfD-Kräften zusammenzuarbeiten und die alten Etikette "links und rechts" auf neuen Gebrauch hin zu prüfen. Tags zuvor hatte Tino Chrupalla von der AfD den Friedens-Aufruf aus der SPD ausdrücklich begrüßt. Das nun wieder benutzten NATO-Anhänger in der SPD zur Skandalisierung ihrer friedensorientierten Genossen. Nun kommt von weiter links dieser Aufruf zur "punktuellen Zusammenarbeit". Zu dessen Unterzeichnern zählen nicht nur "Urgesteine der Friedensbewegung“ und Kommunisten, sondern auch Sympathisanten des Bündnisses Sahra Wagenknecht. Würden sie mit ihrem Anliegen durchdringen, wäre damit ein Kurswechsel der traditionellen Friedensbewegung verbunden.

12. Juni 2025 · Autorenkollektiv

Wir aber haben Fehler gemacht,

es ist nicht zu leugnen

Unsere Zahl schwindet hin

Unsere Parolen sind in Unordnung

Einen Teil unserer Wörter

hat der Feind verdreht

bis zur Unkenntlichkeit

*(Brecht, An den Schwankenden *)*

Für die Verbreiterung der Friedensfront

Anstöße zum neuen Umgang mit „links“ und „rechts“

Wir Unterzeichnenden haben uns zeitlebens unüberhörbar „Linke“ genannt. Aber würden wir dies auch tun, hätten wir gerade die Ehre, in einer BRICS-Konferenz mit deren Repräsentanten diskutieren zu dürfen? Wir würden womöglich unseren linken Genossinnen und Genossen aus China, Brasilien und Russland ihr Handeln nur erschweren, weil dort „links“ aktuell gerade nicht die verbindende Kategorie ist.

Selbst wissenschaftliche Begriffe wie „Gravitation“ wurden in 200 Jahren, also seit Newton, von Einstein und anderen Physikern gewissen Überpüfungen unterzogen. Warum sollte es dann bei „links“ und „rechts“ seit der Sitzordnung der französischen Nationalversammlung 1789 nur statische Unumstößlichkeit geben?

„Links“ ist (wie „rot“) zwar kämpferisch, aber auch missbrauchbar, vieldeutig und ohne wissenschaftlichen Unterbau. Sicher, wir kämpfen für Zeiten, in welchen „links“ wieder im populären Verständnis Klarheit bedeutet: gegen Aufrüstung und soziale Willkürherrschaft. Aber gegenwärtig überwiegt die Verwechslungsgefahr.

Ist aus „links“ nicht fast ein Schimpfwort geworden? Wo es auch SPD-, Linkspartei- oder Grüne-Führer umfasst? Also Pistorius, van Aken und Baerbock? Und damit Antirussismus, sowie neue Waffenlieferungen an ukrainische Faschisten?

Die Begriffekaperei und Diskurspiraterie der Kriegstreiber hat auch vor „links“ und „rechts“ keinen Halt gemacht. In der aktuellen historischen Etappe raten wir jedenfalls eher zu einem sparsamen Gebrauch von „links“ und „rechts“. Denn es gibt auch präzisere Bezeichnungen für die Anschauungen der Welt.

Wenn Frau Weidel den Kommunistenmörder Hitler „einen Kommunisten“ nennt, den Blackrock-Merz einen „linken Regierungschef“ und Faesersche Gesinnungsschnüffelei „linksradikal“, ist das nur die Spitze des babylonischen Verwirrungs-Eisbergs.

Sogar „Umweltschutz“ wurde in den Mündern der Herrschenden ins Gegenteil verkehrt. Wissenschaftliche Zweifel an ihrem „Klima-und CO2-Narrativ“ wollen sie mit Einschüchterungs-Ritualen zum Schweigen bringen. Die „Ideologeme“ des Wokismus, der Multigender-Anarchie, des aggressiven Veganismus, der Political Correctness etc. wurden in den Händen des Monopolkapitals zu Verzichtsideologien gegen die Werktätigen, zu Projekten der Produktivkraftvernichtung und der imperialistischen Dominanz.

Wir Marxisten streiten gegen diesen Kapitalismus als „letztes Wort der Geschichte“. Dafür muss zunächst mit allen Mitteln und Bündnispartnern verhindert werden, dass der „westlich“

dominierte Imperialismus aus den Befehlszentren und Untergründen der NATO die Erde in einen dritten, womöglich atomaren Weltkrieg reißt. Von daher unterstützen wir besonders die Herausbildung einer multipolaren Weltordnung auf der Basis der UN-Charta. Die vom politischen „Westen“ bewusst herbeigeführte Konfrontation mit Russland ist gegenwärtig der am härtesten ausgefochtene Konflikt, der darauf abzielt, die globale Dominanz des Westens aufrechtzuerhalten. Die unter Scholz/Baerbock/Pistorius eingeleitete „Zeitenwende“, soll von der Regierung Merz-Klingbeil mit Hunderten von Milliarden Euro, 5% des BIP (> 45% aller Haushalte) mit Taurus-Lieferungen für einen neuen großen Krieg gegen Russland forciert werden. Dieser Weltkriegskurs riskiert den Untergang Deutschlands in einem nuklearen Inferno. Damit ist er gegen die nationalen Interessen Deutschlands gerichtet. Wer jetzt darauf verzichtet, Möglichkeiten einer punktuellen Zusammenarbeit auch mit Kräften der AfD neu auszuloten, macht sich mitschuldig!

86% der AfD-Wähler sind für „Frieden mit Russland“. Wenn wir als „Linke“ dafür dann auch neben „Rechten“ demonstrieren, werden wir doch dabei den kultivierten Streit über offene Fragen, die uns etwa von der AfD trennen, nicht scheuen! Im Sinne unserer solidarischen Überzeugung: „Schwarzer, Weißer, Brauner, Gelber – endet ihre Schlächterein!“ (Brecht).

Denn unser Bezugspunkt bleibt das Proletariat als zentraler geschichtsmächtiger Kraft, die mit anderen Teilen der Völker eine Welt frei von Ausbeutung und Krieg erkämpfen kann.

Auch als Nicht-Proletarier haben wir darum als Wissenschaftler, Künstler, Gewerbetreibende und Unternehmer – in der guten Tradition von Friedrich Engels und Bertolt Brecht – einen *pro*proletarischen Standpunkt.

Wir halten in diesem Sinne dafür, antiimperialistisch zu handeln wie die chinesische KP, antikolonialistisch wie damals die weltweite Friedensbewegung gegen den Vietnamkrieg und populär wie die chilenische Unidad Popular.

Dazu wollen wir das historische Erbe all der bedeutenden Aufstände gegen übermächtige Ausbeuter verteidigen; besonders der Sieger über den deutschen Faschismus. Ein solcher Umgang mit der Geschichte der Klassenkämpfe kann auch wieder Ermutigung zu neuem Selbstbewusstsein der Werktätigen in unserer Nation werden.

Sich „revolutionär“ zu nennen, sollte dabei nie wieder zur wohligen Pose eigener Befindlichkeiten im eitlen Spiegel interner Bubbles werden, sondern ständige Aufforderung zum Bemühen, *Andere revolutionärer* zu machen.

Dabei ist für uns der „Der Kampf um den Lohngroschen und um das Teewasser“, den Brecht dem Revolutionär empfahl, heute besonders der Kampf für Abrüstung, preiswerte Energien, also auch für Gas aus Russland.

Wo „Rheinmetall“ auf seinen Panzern gegen Moskau das Hakenkreuz gegen die Regenbogenfahne ausgetauscht hat, wo sich das Kriegsministerium als Friedensministerium ausgibt, wo LGBTQ+Diverse in einer Uniform zu einheitlichem Kanonenfutter werden, ändern auch nationale Parolen „von rechts“ ihren Klang.

Erinnern wir uns an das „Nationalkomitee Freies Deutschland“, das 1943 für „volks- und

vaterlandstreue Kräfte in der Armee“ 32 Wehrmachts-Generäle für Frieden gewann.

Oder an dessen dichtenden Spanienkämpfer Erich Weinert:

„Auf einmal hatte für mich das hohle verachtete Wort Patriot einen neuen Sinn bekommen. Denn wir kämpften ja hier nicht nur gegen Franco und seine Komplizen, wir kämpften ja auch für die Ehre all unserer Vaterländer.“

Oder denken wir an Graf von Einsiedel und Richard Scheringer, die als früher rechte Patrioten zu nationalrevolutionären Patrioten der Friedensbewegung wurden.

Wenn solche einstigen Nazis heute als Mitstreiter für Frieden mit Russland in die Akten des Verfassungsschutzes oder ins Memory von Wikipedia gerieten, würden sie wohl lebenslang ihr Framing als „gesichert rechtsextrem“ abbekommen.

Auch dagegen stand Brecht: „Lernen kannst du bis zum letzten Atemzug.“

Internationalismus ist kein Freibrief dafür, Andersdenkenden in der Friedensbewegung leichtfertig Verbrechen des Faschismus vorzuwerfen, wenn diese sich Patrioten nennen: nationalgesinnt und stolz auf ihr Vaterland.

Solche, die sich selbst bislang „rechts“ verortet haben, wollen keine Panzer mehr gegen Moskau rollen lassen, wollen diplomatische Initiativen statt immer neue Waffenlieferungen. Sie treten gegen die Sanktionen, für Wirtschaftsbeziehungen mit Russland und die Wiederaufnahme der Energiepartnerschaft ein, auch um die weitere Verarmung der Bevölkerung, Arbeitslosigkeit, den Ruin des Mittelstandes und die Deindustrialierung Deutschlands zu stoppen. Dafür stehen sie aber unter gnadenlosem Beschuss des Obrigkeits- und des „tiefen Staats“. Wie vor Jahrzehnten: Gewerkschaften und linke Parteien.

Darf uns nun staatliche Repression egal sein, weil sie grade mal ja nur „Rechte“ trifft? Wenn Gesellschaftskritiker, Quer- und Vor-Denker eingeschüchtert und berufsverboten werden? Oder sollten wir nicht punktuell auch an der Seite von „Rechten“ im öffentlichen und rechtlichen Streit gegen Behörden-Willkür stehen? Den demokratischen Rechtsstaat auch für die Rechte von „Rechten“ verteidigen? Weil das ein kategorischer Imperativ ist für Pluralität in Gesellschaft und Friedensbewegung?

Divergenzen in den Orientierungen auf Nationalstaat, Heimat und regionale Selbstermächtigung – sogar, wenn sie von rechts überzogen daherkommen – stehen weit hinter den Gefährdungspotenzialen von Kriegen zurück, in die die Menschheit gerade hinein geschwatzt werden soll.

Schadenfreudig als passive Zuschauer am Rand einer Manege zu sitzen, wenn sich bald einige Koalitionsübereifrige in der AfD ihrer ehrlichen Friedensfreunde zu entledigen suchen, um anschließend die Rolle der SPD als Steigbügelhalter von Blackrock-Merz einzunehmen, dürfte auch uns auf Dauer nicht gut bekommen.

„Krieg und Frieden“ hatte immer auch mit Löhnen, Sozialstaatlichkeit und gewerkschaftlichen Rechten zu tun. Wer heute wirklich links handelt, mag gelegentlich das schöne Wort „links“

an Infostände einsparen, wenn er nur öfter in seinen Taten die Friedensfront gegen die Kriegsgewinnler verbreitern hilft.

„Nie wieder Krieg“ ist nämlich: jetzt!

gezeichnet:

Dr. Marianne Linke, Publizistin

Dr. Sabine Kebir, Literaturforscherin

Dagmar Henn, Publizistin

Klaus Hartmann, 2. Vorsitzender d. Freidenker

Sebastian Bahlo, Vorsitzender d. Freidenker

Prof. Dr. Lieberam, Historiker

Dr. Diether Dehm, Autor, Komponist

Johannes Magel, Mathematiker, Softwareentwickler

Dr. Jenny Farrell, Literaturwissenschaftlerin

Monika Krotter-Hartmann, Freidenker-Vorstand

Reinhard Schuberth, Weinforscher

Christel Buchinger, Diplom-Biologin, Autorin und Lektorin

Dr. Thomas Hohnerlein, Sprachwissenschaftler

Patrik Baab, Publizist

(*)

https://lyricstranslate.com/de/bertolt-brecht-den-schwankenden-lyrics.html

Text als PDF zum Download